

Hochschulpolitische Informationen der Bundeskonferenz

"BUKO-Info" Nr. 2/März 1988

**AKTIONSTAG
DER
HOCHSCHULLEHRER**



**29. Februar 1988
in Wien**

IN MEMORIAM DR. JÖRG OBERHAMMER

Am 25. Februar 1988 kam unser Kollege Dr. Jörg OBERHAMMER, der als Mannschaftsarzt das österreichische Nationalteam bei den Olympischen Winterspielen betreute, in Calgary auf besonders tragische Weise ums Leben. Sein Tod hat bei allen, die ihn persönlich kannten und mit ihm gearbeitet haben, tiefste Betroffenheit ausgelöst.

Die Bundeskonferenz verliert in Jörg OBERHAMMER einen besonders engagierten, kompetenten und kollegialen Mitarbeiter in der Medizinkommission.

Dr. OBERHAMMER wurde am 24. 8. 1940 in Innsbruck geboren, besuchte dort das Gymnasium und begann dann das Studium der Medizin an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Seine Ausbildung zum Facharzt für Unfallchirurgie absolvierte er an verschiedenen Universitätskliniken in Innsbruck, sowie an der Orthopädischen Klinik in St. Gallen in der Schweiz.

Seit Oktober 1973 war er als Oberarzt an der Universitätsklinik für Unfallchirurgie im AKH Innsbruck tätig und war seit 1987 auch Stellvertreter des Klinikvorstandes.

Als Vertreter des Mittelbaus war er Mitglied im Akademischen Senat der Innsbrucker Universität während der Studienjahre 1978/79 bis 1983/84 und war außerdem seit 1978 Kuriensprecher des Mittelbaus seiner Fakultät. Der Medizinkommission der Bundeskonferenz gehörte er seit dem Studienjahr 1982/83 an.

Dr. OBERHAMMER verstand es in unnachahmlicher Weise, einerseits die Anliegen des Mittelbaus in der Fakultät und im Akademischen Senat konsequent zu vertreten und dabei andererseits konziliant genug zu bleiben, sodaß er als eine der wenigen Integrationspersönlichkeiten seiner Fakultät über die Kuriengrenzen hinweg anerkannt war.

Ebenso war er in der Medizinkommission der Bundeskonferenz einer der entscheidenden Mitgestalter für das offene und kameradschaftliche Meinungsbildungsklima, das in dieser Kommission seit vielen Jahren herrscht.

Daß er dabei den einen oder anderen persönlichen Nachteil in Kauf nahm, ohne darüber ein Wort zu verlieren, war für seinen Charakter ebenso kennzeichnend, wie seine freundschaftliche Wesensart, die Überheblichkeit nicht kannte.

Der allzuführe Tod von Jörg OBERHAMMER hinterläßt eine Lücke in der gesamtösterreichischen Mittelbauvertretung, die zu schließen unmöglich scheint.

Wir haben einen Freund verloren, in dessen Geist weiterzuwirken unsere Verpflichtung ist.

H. Wurm



Inhaltsverzeichnis
"BUKO-Info" Nr. 2/März 1988

KURZNACHRICHTEN:

- Aktionstag der Hochschullehrer (S. 4-5)

ZUR ARBEIT DER BUKO:

(S. 6)

KOMMENTARE:

- Studium als Sackgasse (S. 7-10)
Zur Verdrängung des Problems
Akademikerarbeitslosigkeit
an den Hochschulen
- Kooperation (S. 11-14)
Modellversuche "Wissenschaftler
für die Wirtschaft" und
"Wissenschaftler gründen Firmen"

FORSCHUNG:

- ERASMUS-Programm (S. 15)
- Das ESA-Weltraumprogramm als (S. 16-17)
Instrument der Wissenschafts-
und Technologieförderung
- Neue Forschungsschwerpunkte des (S. 18-19)
FWF

ANHANG:

- Resolutionen der Initiative
Hochschulen in Not (S. 20)
-

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller:
Bundeskonzferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen
Personals (Vorsitzender: Univ.-Doz.Dr.Herbert Hofer-Zeni)
Redaktion: Univ.-Doz.Dr.Birgit Bolognese-Leuchtenmüller
alle: 1010 Wien, Schottengasse 1

KURZNACHRICHTEN

AKTIONSTAG DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHULLEHRER

Am 29. Februar fand in Wien ein Aktionstag der österreichischen Hochschullehrer statt. Gleichzeitig wurde an der Universität Graz ein Warnstreik ausgerufen. Mit dem Aktionstag trat die vergangenen Jänner konstituierte Initiative "Hochschulen in Not" (einer gemeinsamen Plattform von Assistentenverband, Bundeskonferenz, Gewerkschaft öffentlicher Dienst-Sektion Hochschullehrer, Hochschulreferat der Österreichischen Ärztekammer, Universitätsprofessorenverband und Zentralaussschuß der Hochschullehrer) erstmals massiv an die Öffentlichkeit. Die Initiative hat es sich zum Ziel gesetzt, der budgetären Aushöhlung der Universitäten/Hochschulen entgegenzutreten, die sich in Personalmangel, Raumnot, inadäquater Geräteausstattung, bzw. Gerätewartung, lächerlich geringen Reisekostenzuschüssen bei Kongreßbesuchen im Ausland uvm. niederschlägt. Den letzten Anstoß dazu, sich endlich gemeinsam zur Wehr zu setzen, bildeten schließlich die Streichung des Werbekostenpauschales mit 1.1.d.J. und die geplante Kürzung der Mehrleistungszulage. Besondere Verärgerung löste dabei insbesondere der Etikettenschwindel aus, unter dem die 10-15%igen Reallohnverluste der Hochschullehrer öffentlich "verkauft" wurden. Da wurde im Falle des Werbekostenpauschales - eine bis jetzt stillschweigend als Gehaltsbestandteil verstandene Abgeltung (zur Vermeidung von Gehaltsforderungen seitens der HS-Lehrer, die andere Beamtengruppen auf den Plan rufen könnten) - plötzlich zum Privileg. Da wurde zuerst feierlich versichert, daß es im Hochschulbereich zu keinen Personaleinsparungen durch Nichtnachbesetzung von Planstellen kommen werde und dann stellte sich heraus, daß dieses Halten des derzeitigen Personalstands von den Hochschullehrern zu finanzieren sein wird (über die geplante Kürzung der Mehrleistungszulage). Und schließlich enthielt die stolze Meldung darüber, daß das Wissenschaftsbudget als eines von wenigen für 1988 angehoben wurde, nicht den ganz wesentlichen Zusatz, daß ein beträchtlicher Teil in die Errichtung des neuen AKH fließen wird und daß der präliminierte Mehrkostenanfall im Hochschulbereich die Erhöhung größtenteils aufzehren wird. Dementsprechend groß war das Engagement bei der Abhaltung des Hochschullehrertages, der als Startschuß für weitere Aktionen im Laufe des Jahres zu betrachten ist. Im berstend vollen Audi max der Wiener Universität war die Stimmung einmütig und solidarisch wie selten vorher unter



Hochschullehrer/innen. Die etwa zweistündigen Referateblocks zu den Themenkreisen "Hochschulen auf dem Weg ins 3. Jahrtausend", "Aufbruch zur Europareife" und "Der mißbrauchte Hochschullehrer" fanden vom ersten bis zum letzten Beitrag volle Aufmerksamkeit. Die Befriedigung über das Zustandekommen einer gemeinsamen Initiative kam vielleicht am besten in der eindrucksvollen Größe der Delegation von Hochschullehrern/innen der Universitäten Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Salzburg zum Ausdruck, die auch eine lange An- und Rückreisezeit von einer Teilnahme nicht abhielt.

In praktisch allen Referaten klang durch, daß die Zeit der milden Worte und vorsichtigen Formulierungen vorbei ist, dementsprechend scharfe Kritik und drastische Situationsschilderungen waren zu hören. So etwa als Koll. H.Winkler (Innsbruck) von der Gefahr sprach, Österreich könnte "zum wissenschaftlichen Wurmfortsatz" Europas werden, oder Koll. Gröbner (ebenfalls Innsbruck) auf die unzumutbaren Bedingungen hinwies, die österreichische Wissenschaftler vorfinden, wenn sie (notwendig) an internationalen Kongressen oder Tagungen teilnehmen wollen. Wenn der Großteil der Kosten aus der eigenen Tasche bezahlt werden muß, werden selbst bei größter Sparsamkeit ("manche fuhren zu fünft im Auto, einige haben sogar campiert") die dringend erforderlichen Auslandskontakte irgendwann unmöglich. Den Abschluß des Aktionstages bildete eine Demonstration zum Bundeskanzleramt, an der sich über 1500 Hochschullehrer/innen beteiligten. Daß ein derart geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit doch einige Überraschungen auslöst, zeigt sich schon daran, daß in Zeitungsberichten von der "mächtigen Demo der Professoren und Assistenten" die Rede war. Eine Delegation (die aus Vertretern der in der Initiative vereinten Organisationen bestand) sprach bei den Bundesministern LÖSCHNAK, TUPPY und NEISSER vor, ein erstes Ergebnis ist die Aufnahme von Gehaltsverhandlungen am 9. März. Es wird sicher einer Reihe schwieriger und zäher Verhandlungen bedürfen, bis eine halbwegs befriedigende Lösung zu erreichen sein wird. Eine Prämisse hat sich allerdings geändert: die Vertreter der Hochschullehrer/innen bei diesen Gesprächen haben die Unterstützung und den entsprechenden Druck der "Basis" im Rücken, auf den Punkt gebracht in dem Satz, mit dem die Kundgebung beendet wurde: "Wir kommen wieder"!

UOG-Novelle (BGBl.Nr. 654/87)

Erläuternde Hinweise des BMWF (GZ 68153/12-15/88) für die Durchführung der UOG-Novelle über die erweiterte Rechtsfähigkeit verschiedener Universitätseinrichtungen - wie Institute, Fakultäten etc. - liegen in allen Universitätsdirektionen auf.

B.Bolognese-Leuchtenmüller

ZUR ARBEIT DER BUNDESKONFERENZ

Am 25. Februar 1988 wurde im Nationalrat und am 3. März 1988 im Bundesrat das neue **Hochschullehrer-Dienstrecht** beschlossen. Die Kundmachung im Bundesgesetzblatt erfolgte am 18. März (BGBl. 148/88). Damit kommen die langjährigen Verhandlungen zwischen dem Dienstgeber (Bundeskanzleramt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) und der Bundessektion der Hochschullehrer der Gewerkschaft öffentlicher Dienst zu einem Abschluß. In den letzten Jahren haben die verschiedenen Interessensvertretungen wie Bundeskonferenz, Assistentenverband, Professorenverband, Zentralausschuß, Lektorenverband auf die Forderung verzichtet, unmittelbar zu den Verhandlungen beigezogen zu werden. Sie brachten ihre Stellungnahmen und Vorschläge über die allein verhandelnde Gewerkschaft vor. Die Nachteile dieser Filterung der Forderungen durch die Gewerkschaft wurde aber durch den Vorteil eines einheitlichen Auftretens gegenüber den Dienstgebern, die nur allzugerne die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausgespielt haben, ausgeglichen.

Wie jeder Kompromiß erfüllt auch dieses Gesetzeswerk nur zum Teil die Wünsche der Betroffenen und ist in vielen Punkten gegenüber den angestrebten Zielen verwaschen. Aber es ist ein Anfang. Zukünftige Erfahrungen werden sicher zu Novellierungen führen. Man darf schließlich nicht übersehen, daß schon die bisherigen Diskussionen über die Gestaltung des neuen Dienstrechtes das Bewußtsein der Mittelbauangehörigen über ihre Stellung als **Hochschullehrer** entscheidend geprägt haben.

Das Bild eines selbstbewußten Hochschullehrers muß auch die Anwendung dieses Gesetzes leiten. Die Bundeskonferenz wird trachten, in diesem Sinne bei der Erstellung der vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung geplanten Durchführungserlässe einzuwirken. Von besonderer Wichtigkeit ist in naher Zukunft eine intensive und breit gefächerte Information über den genauen Inhalt des neuen Dienstrechtes. Die Bundeskonferenz wird daher für die Vertretung des Mittelbaus in den für Personalangelegenheiten zuständigen Kollegialorganen vom 8.-10. Juni 1988 ein Informationsseminar in Graz durchführen. Weitere Informationsveranstaltungen sind geplant.

H. Hofer-Zeni

P.S.: Zur Erinnerung: Der Einreichungstermin für den Hochschulpolitischen Preis der BUKO 1988 ist der
15. September 1988



K O M M E N T A R E

STUDIUM ALS SACKGASSE?

Zur Verdrängung des Problems Akademikerarbeitslosigkeit
an den Hochschulen

Ursprünglich hätte anstelle dieses Beitrags ein Kommentar zu der an Universitäten/Hochschulen nicht mehr gegebenen Möglichkeit der Absolvierung von Akademikertrainings stehen sollen. Diese Streichung wurde nicht nur von den unmittelbar Betroffenen - also den Studierenden - als (weitere) soziale Härte empfunden und mit entsprechendem Unmut registriert, sie wurde auch von vielen Hochschullehrern bedauert. Die Forderung nach einer Wiedereinführung des Akademikertrainings an den Hochschulen bildete demnach auch einen wichtigen Punkt in der Auflistung der zur Lösung anstehenden Probleme im Hochschulbereich. Mittlerweile ist die Debatte darüber verebbt, die Sorgen der Studierenden konzentrieren sich momentan naheliegenderweise vorrangig auf Fragen des unmittelbaren Studienbetriebs, die der Hochschullehrer beinahe zwangsläufig auf die unmittelbare Lehr- und Forschungssituation. Die von Zeit zu Zeit ertönenden Warnrufe vor einem systematischen (und in nächster Zeit sicher nicht aufzuhaltenden) Anstieg der Akademiker-Arbeitslosigkeit sind unüberhörbar, auf Dauer werden Lehrende wie Studierende der Konfrontation der Frage nach dem "Danach", also nach dem beruflichen Schicksal der Absolventen/innen kaum ausweichen können. Gemessen an der für breite Gruppen von Studierenden bereits jetzt real eingetretenen Perspektivenlosigkeit am Arbeitsmarkt stellt die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Wiedereinführung des Akademikertrainings an den Universitäten eine Detailfrage dar, die tatsächlich nur im Rahmen einer sehr viel umfassenderen, ungeschminkten Problembenennung überhaupt sinnvoll zu überlegen ist. Seit etwa 2 1/2 Jahren werden im "Jungakademikerservice" (eine Einrichtung der Arbeitsmarktverwaltung in Wien) die Situation, bzw. die Probleme, die sich beim Berufseinstieg von Hochschulabsolventen/innen ergeben, intensiv beobachtet. Die Erfahrungen, die diese noch "junge" und wohl auch deshalb besonders engagierte Servicestelle mittlerweile gewonnen hat, böten hinreichend Anlaß und Stoff für Podiumsdiskussionen bis hin zu Arbeitskreisen. Und dies, obwohl man sich aufs erste (oberflächliche) Hinhören in der Meinung bestätigt fühlen könnte, die Probleme ohnehin bereits gekannt zu haben. "Natürlich" ist uns allen bekannt, daß namentlich die Studierenden in den geisteswissenschaftlichen, den grund- und

integrativwissenschaftlichen und den künstlerischen Fächern derzeit so gut wie keine Chancen auf ausbildungskonforme Stellen haben. "Natürlich" sickert allmählich auch ins Bewußtsein, daß nicht jedes naturwissenschaftliche und jedes wirtschaftswissenschaftliche Studium einen problemlosen Berufseinstieg in "der Wirtschaft" garantiert und daß auch frisch absolvierte Juristen auf Jobsuche gelegentlich Schwierigkeiten haben, geeignete Posten zu finden. Und im Gegenzug ist es natürlich auch keine Überraschung, daß sich Techniker, Informatiker, Systemanalytiker oder Betriebswirte Stellen entsprechend den angebotenen Konditionen "aussuchen" können.

Was jedoch unbedingt zu denken geben müßte, ist die teilweise erschreckende Ahnungslosigkeit bezüglich der Arbeitssituation, Mängel in der Bewerbungstechnik und die trotz aller Hinweise auf die bestehenden Probleme kaum größer gewordene ob schon (ständig geforderte) Flexibilität. Die nach Beendigung des Studiums plötzliche Konfrontation mit der harten Realität des Arbeitsmarktes, der für eine Reihe von Studienabschlüssen keine oder nur sehr beschränkt ausbildungskonforme Stellen anbietet, trifft viele jobsuchende Absolventen/innen immer noch unvorbereitet und natürlich zu spät. Angebotene und ausdrücklich als solche deklarierte Übergangsbeschäftigungen werden häufig abgelehnt, teils aus Sorge, damit als Anwärter/innen auf attraktivere langfristige Stellen "weg vom Fenster" zu sein (was laut Auskunft zumindest für den Bereich des Jungakademikerservice nicht zutrifft), teils resultiert die Ablehnung aber auch aus der allgemein lang und wider besseres Wissen gehegten Erwartung, wonach ein Hochschulabschluß - gleich welcher - immer und uneingeschränkt den sicheren Zugang zu ausbildungskonformer beruflicher Beschäftigung garantieren werde. Der Hilflosigkeit, geringen Eigeninitiative und der zwar verständlichen, aber druckverschärfenden Immobilität - sowohl hinsichtlich der Art der Beschäftigung, wie der Bereitschaft, Stellen auch außerhalb des unmittelbaren Wohnorts anzunehmen - seitens der Jobsuchenden, steht aber zusätzlich die kaum größere Flexibilität der "Wirtschaft" gegenüber. Zwar finden sich immer wieder Stellenangebote, die nicht ausdrücklich spezifische Studienabschlüsse voraussetzen, dennoch werden aber im Regelfall letztendlich Bewerber/innen mit "einschlägiger" Ausbildung bevorzugt. Zuungunsten befinden sich zudem Hochschulabsolventinnen noch in einer eindeutigen und nicht wegzudiskutierenden Nachteilssituation gegenüber ihren arbeitssuchenden männlichen Kollegen. Wenn potentielle Arbeitgeber nach Belieben unter vielen Stellensuchenden auswählen können, werden durchaus offen gängige Vorurteile (eventuelle Schwangerschaft, Kinder, geringere zeitliche Disponibilität, etc.) geltend gemacht. Hinzu kommt, daß attraktive Positionen (Marketingleiter, Controller, etc.) schon in den Stellenangeboten eindeutig männlich assoziiert

werden. Ganz anders hingegen bei Stellenangeboten, die auch Büroroutine und organisatorische Alltagsarbeit einschließen: hier beginnen WU-Absolventinnen bereits die HAK-Maturantinnen zu verdrängen.

In Wien gibt es derzeit im Angestelltenbereich etwa 15.000 Arbeitssuchende, etwa 10% davon sind bei den entsprechenden Stellen vorgemerkt, vor allem junge Akademiker/innen (es gibt also sicher eine höhere Dunkelziffer). Trotzdem könnte behauptet werden, diese Zahl sei noch nicht dramatisch. Wenn wir aber davon ausgehen, daß der Akademikeranteil unter den arbeitssuchenden Angestellten in Wien doppelt so hoch ist, als die Akademisierungsrate in Österreich an sich, dann sagt dies schon weit mehr über das Problem aus.

Was könnte also an den Hochschulen selbst geschehen? Zweifellos können weder vorbildlich organisierte Studien- und Berufsinformationsmessen (auf denen gewiß nicht euphorische Informationen über den Chancenreichtum der jeweiligen Fächer gegeben werden), noch gelegentliche warnende Worte in Einführungslehrveranstaltungen, noch die Studienberatungen der ÖH einen weiteren Zustrom auch in beruflich aussichtsloseste Studien wirksam hemmen. Ebenso absurd wie auch gar nicht praktikabel wäre auch, Studienanfänger gleichsam mit der verbalen Brechstange zu zwar momentan am Arbeitsmarkt gefragten, aber von ihnen nicht angestrebten Studiengängen zu überreden. Durchaus praktikabel wäre es hingegen, Informationen über die Arbeitsmarktentwicklung und über Berufsaussichten in den einzelnen Fächern jeweils zu Beginn des Studienjahres durch die damit vorrangig befaßten, außeruniversitären Institutionen auf Hochschulboden anzubieten. Erforderlich wäre auch eine entsprechend fundierte, gezielte Ermutigung der Studienanfänger/innen durchaus auch zu vorerst ungewöhnlichen Studienkombinationen, um wenigstens zu erreichen, daß künftige Absolventenjahrgänge bei Berufseintritt nicht nur ein Ausbildungs-"Standbein" haben. Vor allem notwendig ist aber eine ehebaldige, enttabuisierte Diskussion über mögliche grundlegende Studienreformen, bzw. über die Sinnhaftigkeit einer Einführung von stärker berufsorientierten Kurzstudien. Gerade in diesem Bereich ist die Einstellung, weiterzumachen wie gehabt, bis "von oben" Reformpläne vorgelegt werden, ein besonderer Gegenbeweis für funktionierende Autonomie. Schließlich gäbe es immerhin auch die Möglichkeit, momentan nicht existente Kontakte und Kooperationen zwischen den Fakultäten und den Institutionen der Arbeitsmarktverwaltung - eventuell über kleine Kontaktgruppen - zu initiieren, die den unmittelbaren Informationsaustausch herstellen.

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zu den nicht mehr vorhandenen Möglichkeiten des Akademikertrainings bei Bundesdienststellen: So bitter in Anbetracht der vorherigen Ausführungen die Abschaffung der Trainings zuallererst für die

Absolventen/innen aber auch für die Hochschulinstitute ist, bei der Forderung nach einer Wiedereinführung mit gleicher Handhabung wie ehemals gerät man nur allzu schnell in Argumentationsnotstand. Zwei Intentionen lagen ja der Einführung des Akademikertrainings vor allem zugrunde: die Möglichkeit des Erwerbs zusätzlicher Berufsqualifikation und die Schaffung einer Art Probe- oder Einarbeitungsphase, die potentiellen öffentlichen oder privaten Arbeitgebern die Entscheidung erleichtern sollte, den/die Betreffende(n) in ein längerfristiges Dienst(Arbeits)verhältnis zu übernehmen.

Letzteres handhabte etwa die Finanzlandesdirektion in vorbildlicher Weise, in dem sie alle Trainingsanwärter einem Test unterzog, von vornherein nur jene auf Trainingsstellen übernahm, die auch bei einer "normalen" Bewerbung berücksichtigt worden wären und somit das Akademikertraining nur als eine Art Planstellenvorgriff in Anspruch nahm. Nun kann man den Universitäten gewiß keinen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht gezielt Vorgriffe auf freiwerdende Planstellen unternahmen, wo es kaum solche gibt. Daß aber dann gerade in den wenigen Fällen, wo es doch zu Postenausschreibungen kam, genau die Leute, die ein Training am entsprechenden Institut absolviert hatten, nicht zum Zuge kamen, erweist sich nun nicht nur taktisch als Bumerang. Auch in der Frage des zusätzlichen Qualifikations- oder Erfahrungserwerbs konnten mit dem Training keine besonderen Erfolge erzielt werden: die Trainings wurden praktisch ausnahmslos an jenen Instituten absolviert, an denen die wichtigsten Prüfungen, abgelegt, bzw. die Diplomarbeiten oder Dissertationen geschrieben wurden, an denen es also im großen und ganzen keine neuen Aufgabenstellungen gab. Akademikertraining an den Universitäten bedeutete somit im wesentlichen Überbrückungshilfe (wobei eine solche Bezeichnung natürlich auch nur dann Sinn macht, wenn irgendwo ein Brückenende absehbar ist) oder krasser formuliert: eine Art Notstandshilfe in Ermangelung eines Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung.

Dennoch: an den Hochschulen müssen Organisationsmodelle überlegt werden, die in Anlehnung an das Akademikertraining vor allem in Fächern mit schwierigem Zugang zum Arbeitsmarkt eine Situationsentlastung beim Berufseintritt schaffen, die aber gleichzeitig verhindern (was beim herrschenden Personalmangel nur allzu leicht eintreten könnte), daß hier ein Reservoir an billigen und beliebig austauschbaren akademischen Arbeitskräften zur Kaschierung der Personalsituation eingesetzt wird.

B. Bolognese-Leuchtenmüller

¹ Der Bundeskonferenz wurde seitens der Akademikerservicestelle Gelegenheit zu einem sehr ausführlichen und informativen Gespräch geboten. Wir danken insbesondere Frau Mag. B. Knapp und Fr. Dr. Ch. Spießmayer für ihre Bereitschaft, über den ganzen Fragenkomplex mit uns zu diskutieren.

KOOPERATION WISSENSCHAFT-WIRTSCHAFT

Modellversuche "Wissenschaftler für die Wirtschaft" und "Wissenschaftler gründen Firmen"

Gleich zu Beginn eine erfreuliche Korrektur: die Bezeichnung "Modellversuch" trifft auf die Aktion "Wissenschaftler für die Wirtschaft" nicht mehr zu. Mit 1. Juli 1987 ist dieser Modellversuch nach fünfjähriger, erfolgreicher Laufzeit als Dauereinrichtung etabliert worden. Im Jahre 1982 mit der Intention gestartet, einerseits den Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Hochschulen zu intensivieren, andererseits mehr Praxiserfahrung und betriebliches Know-how in die universitäre Lehre und Forschung einzubringen, lassen die nunmehr vorliegende Bilanz der ersten fünf Jahre, bzw. die Ergebnisse einer begleitenden Untersuchung durch das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw/1986) auch ein - stark komprimiertes - Resümee aus universitärer Sicht zu.

"Wissenschaftler für die Wirtschaft" ist explizit für Hochschul-lehrer des Mittelbaus als Ein- oder Umstiegshilfe von einer universitären Tätigkeit zu einem ständigen Beschäftigungsverhältnis in der Wirtschaft gedacht, bzw. bietet die - dienstrechtlich abgesicherte (Karenzierung!) - Möglichkeit, auf ein bis zwei Jahre "vor Ort" Praxiserfahrung zu sammeln, die der weiteren universitären Laufbahn wie der Umsetzung der gewonnenen praktischen Erfahrung vor allem im Lehrbetrieb zugute kommen soll. (Genauere Angaben zu den Teilnahmebedingungen finden sich im Anhang.)

Die Intention eines stärkeren Personaltransfers konnte verwirklicht werden: von den Teilnehmern, die bis 1986 nach Ablauf der Vertragszeit wieder aus dem Modellversuch ausgeschieden sind, blieben rund drei Viertel in der Wirtschaft, rund die Hälfte im selben Unternehmen. Seit Beginn des Modellversuchs wurden insgesamt 106 Dienstverträge zwischen Assistenten und Unternehmen abgeschlossen, die Streuung der Fächer, aus denen die Teilnehmer kommen, zeigt eine ganz eindeutige Dominanz wirtschaftsbezogener Richtungen: 61% der teilnehmenden Assistenten kommen aus dem technischen, 24% aus dem sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen und 9% aus dem naturwissenschaftlichen Bereich. Diese Verteilung entspricht natürlich voll der Nachfragestruktur seitens der Unternehmen. Der Rückkoppelungseffekt von Praxiserfahrung auf die universitäre Lehre und Forschung wäre dagegen noch weit intensivierbarer. Wie die Begleitstudie zutage förderte, meinen Assistenten, die am Modellversuch teilnahmen und nach dessen Beendigung auf die Universität zurückkehrten, daß sie danach ihren Arbeitsstil und ihre wissenschaftliche Orientierung sehr wohl verändert hätten. Der praktische Effekt und Nutzen für die Hochschulen ist vor allem durch das - in Relation zum Gesamtpersonalstand -

natürlich bescheidene Teilnehmerkontingent von 50 Verträgen pro Jahr zwangsläufig begrenzt (wenn noch dazu bedacht wird, daß die klare Mehrheit davon ja in der Wirtschaft bleibt). Die Bundeskonferenz strebt daher natürlich zuallererst eine Kontingenterhöhung im Rahmen dieser Aktion an.

Sowohl die Aktion "Wissenschaftler für die Wirtschaft" als auch der Modellversuch "Wissenschaftler gründen Firmen" wurde in der Öffentlichkeit von Beginn an positiv aufgenommen (wobei der 1986 gestartete Modellversuch zur Firmengründung durch Wissenschaftler natürlich bereits vom positiven Echo auf die erste Aktion profitierte), es wurde allerdings gelegentlich auch Kritik laut. Hier in erster Linie in die Richtung zielend, beide Versuche verschafften den teilnehmenden Hochschulangehörigen ungebührliche Wettbewerbsvorteile gegenüber den "normal" beruflich oder unternehmerisch in die Wirtschaft Eintretenden, und zwar durch die mit der Karenzierungsmöglichkeit verbundene Risikominderung, bzw. durch die gewährte finanzielle Stützung. Zweifellos zielen beide Versuche natürlich darauf ab, zusätzliche Anreize, bzw. den letzten entscheidenden Impuls für eine Tätigkeit in der Wirtschaft zu geben. Dennoch wird in diesem Fall wohl kaum von ungerechtfertigten Privilegien gesprochen werden können: ohne dienstrechtliche Voraussetzungen (Karenzierung) ist ein außeruniversitäres Anstellungsverhältnis auf Zeit ja überhaupt nicht denkbar, außerdem soll ja zumindest ein Teil der Assistenten wieder an die Universitäten zurückkehren; im Falle der Firmengründungen, die ja ausdrücklich innovative Verfahren oder Produktherstellung zum Tätigkeitsfeld haben sollen, läge ohne jedes Fangnetz natürlich - zumindest subjektiv empfunden -, ein überhöhtes Risiko vor.

Sicher tragen die Teilnahmebedingungen an den Modellversuchen auch wesentlich zum Abbau psychologischer Barrieren bei - und zwar sowohl seitens der Hochschulangehörigen wie seitens der Unternehmen. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe erhielten mit der Aktion "Wissenschaftler für die Wirtschaft" die Chance, akademische Spitzenkräfte zu holen, bzw. Projekte zu realisieren, für die sonst entsprechende Mitarbeiter gefehlt hätten. Der positive Effekt, den die Einbeziehung universitärer Fachkräfte auf die Arbeit der Unternehmen hat, wird vonseiten der Wirtschaft auch deutlich artikuliert (erfrischend konkret war in diesem Zusammenhang die Aussage des Inhabers eines Fleischhauereibetriebes, der einen Veterinärmediziner im Rahmen des Modellversuchs einstellte: er zeigte sich besonders über die von da ab rapid gesunkene Zahl behördlicher Qualitätsbeanstandungen befriedigt).

Die Einrichtung des Modellversuchs "Wissenschaftler gründen Firmen" vor etwa zwei Jahren stellt im Grunde eine logische Fortführung, bzw. den weiteren Ausbau einer Zusammenführung von Wissenschaft und Wirtschaft dar. Auch in diesem Fall wurde der

Modellversuch vor allem für Angehörige des Mittelbaus eingerichtet, teilnahmeberechtigt ist hier aber prinzipiell das gesamte wissenschaftliche Personal der Universitäten/Hochschulen. Zielgruppe sind jene Wissenschaftler, die die Absicht haben, die Hochschule zu verlassen, um eine Firma zu gründen. Der Modellversuch soll eine Laufzeit von sechs Jahren haben, für heuer ist eine Erhöhung des Kontingents für die Förderung von 10 auf 15 Firmengründungen pro Jahr vorgesehen. Gefördert können selbstverständlich nur solche Firmengründungen werden, die eine Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen in die wirtschaftliche Praxis vorsehen. Der Modellversuch zielt bewußt nicht nur auf die Gründung von "High-Tech"-Unternehmen ab, erfreulicherweise zeigen denn auch die bis Jänner d.J. erfolgten Unternehmensgründungen eine breite Streuung von Tätigkeitsbereichen und Firmenzielen: sie reichen vom umweltschonenden Forststraßenbau, über Produktion und Verkauf eines mobilen Abgasanalysegeräts, über die Entwicklung einer ideal passenden intraokularen Linse, über alternatives Bauen, eine wissenschaftliche Buchhandlung für italienische und französische Literatur bis hin zur Produktion von Jungpflanzen mit Hilfe von Gewebekulturen. Gerade am letzten Beispiel, das dem "Kurier" immerhin einen halbseitigen Bericht im Wirtschaftsteil wert war ("Die Plantage im Gurkenglas"/25.1.88), zeigt sich, daß der Modellversuch die Initialzündung zur Einführung von für Österreich absolut neuen, vielversprechenden Verfahren sein kann. Was in Holland oder Belgien längst gang und gäbe ist, nämlich die Vermehrung von Jungpflanzen mit Gewebekulturen (wodurch im konkreten Fall auf kleinstem Raum jährlich etwa zwei Millionen Jungpflanzen gezüchtet werden können), ist hier erstmals bei uns von zwei Wissenschaftlern der Universität für Bodenkultur versucht worden. Die dabei angewandte Technik ist für Österreich so neu, daß die Gewerbeordnung sie vorerst nicht einmal zuordnen konnte. Die Marktchancen sind außerordentlich günstig, erste Verkaufserfolge und Auftragslage lassen die Hoffnung zu, daß sich diese Firmengründung bereits zu einem ersten Erfolgsprojekt des Modellversuchs entwickeln könnte.

Besonders hervorzuheben ist bei der Aktion "Wissenschaftler gründen Firmen" schließlich noch, daß ein ganzes Beratungspaket in Anspruch genommen werden kann und zwar nicht nur in der unmittelbaren Gründungsphase, sondern später auch begleitend.

Abschließend seien hier noch die wichtigsten Bedingungen zur Teilnahme an beiden Modellversuchen als Erstinformation auszugsweise angeführt, detaillierte Informationsmappen können beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, bzw. bei der Bundeskonferenz angefordert werden.

B. Bolognese-Leuchtenmüller

WISSENSCHAFTLER FÜR DIE WIRTSCHAFT

Durchführende:

BMWF, Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Bundeskonferenz. Über die Aufnahme entscheidet eine aus Vertretern der genannten Institutionen zusammengesetzte Kommission, die beim BMWF eingerichtet wurde.

Teilnehmerkontingent: 50 Wissenschaftler können pro Jahr an der Aktion teilnehmen.

Teilnahmeberechtigt:

Universitäts-, Hochschul- und Vertragsassistenten/innen aller Fächer, die in dieser Funktion nach Studienabschluß mindestens 2 Jahre beschäftigt waren, ebenso halbtagsbeschäftigte und refundierte Vertragsassistenten unter dieser Voraussetzung. Außerdem Bundeslehrer, wissenschaftliche Beamte und Vertragsbedienstete in wissenschaftlicher Verwendung - nach vorheriger Befragung des BKA und des Finanzministeriums bezüglich der Karenzierung (kein verkürztes Karenzierungsverfahren).

Dauer der Teilnahme:

Minstdauer 1 Jahr, in besonders begründeten Fällen ist eine Teilnahme unter 1 Jahr möglich;

Höchstdauer: 2 Jahre, in besonders begründeten Fällen ist die Verlängerung auf ein 3. Karenzjahr möglich.

Bei einer anfangs kürzeren Teilnahmezeit als zwei Jahre ist eine Verlängerung der Teilnahme auf insgesamt zwei Jahre generell möglich.

Förderungsbeitrag:

Unternehmen mit bis zu 1000 Beschäftigten, die Assistenten im Rahmen der Aktion einstellen, wird ein Förderungsbeitrag von S 100.000,-- gewährt, der am Beginn der Teilnahme ausbezahlt wird. Ist die Teilnahme kürzer als ein Jahr, beträgt der Förderungsbeitrag S 6.000,-- pro Monat.

Ein Unternehmen kann gleichzeitig nicht mehr als zwei finanziell geförderte Wissenschaftler beschäftigen (dies ist bei bereits bestehenden Kontakten zu Unternehmen zu beachten).

Karenzierung:

Den teilnehmenden Wissenschaftlern wird eine zweijährige Karenzzeit mit Anrechnung für die Vorrückung in höhere Bezüge und für die Bemessung des Ruhegenusses gewährt. Wird in besonders begründeten Fällen ein drittes Karenzjahr gewährt, so ohne diese Anrechnung.

Für Universitäts-, Hochschul- und Vertragsassistenten wird das verkürzte Karenzierungsverfahren angewendet.

MODELLVERSUCH "WISSENSCHAFTLER GRUNDEN FIRMEN"

Durchführende:

BMWF, Bundeskammer, Bundeskonferenz unter Mitarbeit des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, der Österr. Investitionskredit-AG, des Wirtschaftsförderungsinstitutes und der Rektorenkonferenz.

Teilnehmerkontingent:

15 geförderte Firmengründungen pro Jahr

Teilnahmeberechtigt:

Der Modellversuch wurde vor allem für Universitäts-, Hochschul- und Vertragsassistent/inn/en eingerichtet, teilnahmeberechtigt ist jedoch das gesamte wissenschaftliche Personal aller Fächer an den Universitäten und Hochschulen. Teilnahmeberechtigt sind auch ehemalige Assistenten, sofern ihr Dienstverhältnis mindestens 4 Jahre gedauert hat und nicht länger als 4 Jahre zurückliegt. Schließlich auch jene Assistenten, die bereits an der Aktion "Wissenschaftler für die Wirtschaft" teilgenommen haben.

Teilnahmevarianten:

Die Teilnahme kann mit gleichzeitigem Ausscheiden aus dem Universitäts-/Hochschuldienst oder Teilnahme mit gleichzeitiger Karenzierung erfolgen. Für die Karenzierung gelten analoge Bestimmungen wie bei der Aktion "Wissenschaftler für die Wirtschaft". Die Karenzierung im verkürzten Verfahren kann nur für Universitäts-, Hochschul- und Vertragsassistent/inn/en angewendet werden.

Förderungsbeitrag:

Der Förderungsbeitrag wird im Regelfall in zwei Jahresraten in der Höhe von S 85.000,-- (insgesamt also S 170.000,--) ausbezahlt. Bei besonderer Begründung kann der Förderungsbeitrag in einem ausbezahlt werden.

In besonderen, volkswirtschaftlich begründeten Fällen (wie besonders technologieorientierte, know-how-intensive, risikobehaftete, strukturverbessernde, exportorientierte Unternehmensgründungen) kann der Förderungsbeitrag auf S 340.000,-- verdoppelt werden.

Verwendung des Förderungsbeitrages:

Der Förderungsbeitrag soll vom Unternehmensgründer für Mieten, Leasingraten, Anschaffung von Geräten oder zur Kreditstützung verwendet werden. Das erforderliche Kapital zur Unternehmensgründung muß wie bei jedem anderen Firmengründer beschafft werden.

F O R S C H U N G

DAS ERASMUS-PROGRAMM

Mit diesem Vorhaben wird von der EG ein Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) geschaffen. Der Beitritt Österreichs wird derzeit erwogen, die Finanzierung ist allerdings noch offen.

Das ERASMUS-Programm verfolgt die nachstehenden Ziele:

- 1) zu erreichen, daß eine wesentlich größere Zahl von Studenten von Hochschulen einen integrierten Studienaufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat absolviert;
- 2) eine breite und intensive Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in allen Mitgliedsstaaten zu fördern;
- 3) das geistige Potential der Hochschulen in der Gemeinschaft durch eine verstärkte Mobilität des Lehrpersonals zu nutzen und damit die Qualität des Unterrichts und der Ausbildung an diesen Hochschulen mit dem Ziel zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft auf dem Weltmarkt zu sichern.

Die Gemeinschaft wird ein Europäisches Netzwerk für die Hochschulkooperation ins Leben rufen, um den gemeinschaftsweiten Austausch von Studenten zu fördern. Das Europäische Hochschulnetz wird die Hochschulen umfassen, die im Rahmen des ERASMUS-Programms mit Hochschulen anderer Mitgliedsstaaten Vereinbarungen über einen Studenten- und Dozentenaustausch getroffen haben und die in diesem Rahmen außerhalb der Hochschule des Herkunftslandes zurückgelegten Studienzeiten anerkennen.

Jede zwischen den Hochschulen getroffene Vereinbarung soll den Studenten einer Hochschule die Möglichkeit bieten, wenigstens einen Teil des regulären Studiums in einem anderen Mitgliedsland zu absolvieren. Diese gemeinsamen Programme sollen auch einen Austausch von Lehrenden umfassen, um die erforderlichen Voraussetzungen für einen Studentenaustausch und die gegenseitige Anerkennung von im Ausland zurückgelegten Studienzeiten zu schaffen.

Die Gemeinschaft gewährt darüber hinaus Unterstützung, um dem Personal der Hochschulen den Besuch anderer Mitgliedstaaten zu ermöglichen und dabei integrierte Studienprogramme mit Hochschulen dieser Mitgliedstaaten auszuarbeiten und die Erfahrungen bei den neuesten Entwicklungen in ihrem jeweiligen Fachbereich auszutauschen. Es werden Zuschüsse gewährt, um in der Gemeinschaft Anreize für eine größere Mobilität des Lehrpersonals zu bewirken und damit einen Beitrag zur Entwicklung der integrierten Studiengänge zu leisten und es den Dozenten zu ermöglichen, ihre Lehrtätigkeit an den Hochschulen der einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Hochschulnetzes auszuüben.

Das ESA-Weltraumprogramm als Instrument der Wissenschafts- und Technologieförderung

(Klausurtagung der Beratenden Kommission für Weltraumforschung und -technologie des BMWF, 23./24.7.1987)

Österreich ist seit 1. Jänner 1987 Vollmitglied der European Space Agency (ESA), nachdem schon seit 1974 eine Mitarbeit an einzelnen wissenschaftlichen Projekten bestanden hatte. Sie erinnern sich gewiß noch der zum Teil recht heftig geführten Debatte, ob eine Mitgliedschaft und einem jährlichen österreichischen Beitrag von rund 150 Mio. Schilling überhaupt lohne, oder dieser Betrag nicht sinnvoller direkt den Hochschulen zufließen sollte. Ich meine, man hat mit dem Beitrittsentschluß richtig entschieden und für Österreichs Wissenschaft und Industrie ein weiteres bedeutendes Tor zu internationaler Zusammenarbeit auf hohem technologischen Niveau geöffnet. Zweck dieses Berichtes ist es, Sie über bestehende Möglichkeiten zu informieren und gegebenenfalls zu einer Mitarbeit an ESA-Programmen zu motivieren.

Die Gelegenheit zum Einstieg ist derzeit relativ günstig, da die Mitgliedsbeiträge laut Statut der ESA zu rund 90% wiederum in Form von Aufträgen in die Mitgliedsländer zurückfließen müssen. Das mit der Vollmitgliedschaft deutlich erhöhte Rückfließvolumen könnte nun bisher nicht beteiligten österreichischen Forschungseinrichtungen und Firmen zu einem Auftrag verhelfen. Doch wie steigt man ein? Zunächst sei festgestellt, daß ein wesentlicher Zweck der ESA die Förderung der Hochtechnologie in der europäischen Industrie ist. Dies wirkt sich bei der Auftragsvergabe in zweifacher Hinsicht aus: Erstens werden eher technologische, industriennahe Themen behandelt als grundlagenforschungsorientierte, und zweitens ist die Abwicklung der Projekte bezüglich Terminplanung und Berichtswesen einem Industrieauftrag näher als einem Fonds-Projekt. Das heißt, Expertise auf dem zu bearbeitenden Gebiet muß beim Auftragswerber bereits in hohem Maße vorhanden sein, sie kann nicht erst im Zuge des Auftrages erworben werden. Für die ESA-Anfänger stellt sich hier gewiß das Henne-Ei-Problem. Es wird daher günstig sein, am Anfang nach Nischen Ausschau zu halten, in denen der Konkurrenzdruck nicht überwältigend hoch ist. Hilfreich wird auf jeden Fall die von der ASSA aufgelegte Broschüre sein, die als Wegweiser für Einsteiger dienen soll.

Die Mitarbeit an einem ESA-Projekt ist prinzipiell in zwei Varianten denkbar: Zum einen schreibt die ESA in umfangreichen Listen Aufträge aus, um die sich Institute, Arbeitsgruppen oder Einzelpersonen im internationalen Wettbewerb direkt bewerben können. Zum anderen bietet sich die Möglichkeit einer



Kooperation mit einem österreichischen Industriebetrieb an, der bereits ESA-Aufträge an Land gezogen hat, wie z.B. OKG, VMW, ORS, Elin, Schrack.

Die derzeitigen wesentlichen Forschungsthemen sind folgenden Gebieten entnommen:

- 1) Nachrichtentechnik
- 2) Erderkundung (Lagerstättenforschung, Klimatologie)
- 3) Mikrogravitation (Biowissenschaften, Materialwissenschaft)

Die obige Reihenfolge wurde bewußt gewählt, weil sie die in Zyklen erfolgende Entwicklung von Weltraumtechnologie gut widerspiegelt. Die Nachrichtentechnik im Weltraum ist aus der Forschungsphase längst herausgetreten und in eine intensive wirtschaftliche Nutzung auf weltweiter Ebene übergegangen. Die Erderkundung steht vor dem kommerziellen Durchbruch, und die Nutzung des schwerelosen Zustandes ist in einer intensiven Forschungsphase begriffen.

Wie Roy Gibson, früherer Generaldirektor der ESA und derzeitiger Chef des British National Space Center, in seinem Vortrag ausführte, ist die ESA ein Fenster zu neuen Technologien und internationalen Märkten. Es liegt an Ihnen, es zu nutzen. Ein erster Schritt könnte die Kontaktaufnahme mit der ASSA sein (Garnison-gasse 7, 1090 Wien, Geschäftsführer Prof.Dr.Johannes ORTNER) oder mit dem im BMWF mit Weltraumfragen betrauten Min.Rat Dr.Otto ZELLHOFER.

G. Magerl

NEUE FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE DES FWF

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) bedarf, um die Effizienz der Forschung in Österreich zu gewährleisten, eines möglichst breiten Spektrums an Vorschlägen. Die Forschungskommission der BUKO ist daher bemüht, Vorschläge zu erarbeiten und dem FWF vorzulegen. Dazu bitten wir Sie um Ihre Mitarbeit.

Als Forschungsschwerpunkt ist die Verbindung von mehreren, sachlich und/oder zeitlich aufeinander bezogenen Teilprojekten anzusehen, wobei ein Leiter (Koordinator) ernannt wird. Die Teilnahme an einem Forschungsschwerpunkt ist prinzipiell für jeden wissenschaftlich Interessierten möglich. Die Beurteilung der dazu eingereichten Projekte erfolgt nicht nach der dienstrechtlichen Stellung, sondern nur nach wissenschaftlichen Kriterien. Das Projekt soll neuartige Ideen und eine gut durchdachte Planung aufweisen, ebenso sind bisherige wissenschaftliche Leistungen auf dem projektierten Gebiet von Vorteil. Bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen wird jedoch die Dauer der wissenschaftlichen Laufbahn berücksichtigt.

Folgende Schwerpunkte werden derzeit vom FWF gefördert (1984-1989):

- Elektrochemische Energiespeicherung
- Gentechnologische Untersuchungen
- Baudynamik
- Wärmepumpen
- Methodenbank angewandte Mathematik
- Kunststoff-Formteile
- Hochleistungswerkstoffe
- Ökophysiologie
- Nachlässe österreichischer Autoren
- Fernerkundung
- Neue Wege der Frühgeschichtsforschung
- Immunologie des Alterns
- Neutronen- und Festkörperforschung
- Grenzflächenforschung
- Dynamik der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung
- Ionenkanäle

In Begutachtung sind:

- Voralpidische Kruste
- Hochtemperatursupraleiter

In Planung sind:

- Biomembranen
- Neuronale Systeme
- Arterogenese

Früher wurden die Schwerpunkte im 5Jahres-Rhythmus en bloc ausgeschrieben. Dies hatte zur Folge, daß die für Einzelprojekte übliche genaue Prüfung wegen der riesigen Menge an Unterlagen unmöglich war. Man hat sich deshalb mit allseitiger Zustimmung geeinigt, jährlich neue Schwerpunkte zu beginnen. Dies scheint allerdings zur Folge zu haben, daß die Möglichkeit, Schwerpunkte beim FWF zu beantragen, nicht mehr ausreichend bewußt ist, und nur mehr ein kleiner Kreis engagierter und gut informierter Wissenschaftler die laufenden Schwerpunkte kennt bzw. an deren Bildung beteiligt ist. Deshalb fordern wir Sie auf, sich in Ihrem Bereich Gedanken für die Bildung von Schwerpunkten zu machen.

Darüber hinaus beschränkt sich nach Ansicht der Forschungskommission die Aufgabe der Universitätslehrer nicht nur auf die Durchführung von Forschung und Lehre. Diese Gruppe sollte vielmehr auf breiter Basis die wissenschaftlichen und künstlerischen Zielsetzungen in Österreich festlegen.

Daher bitten wir Sie, über Zielsetzungen nachzudenken, Ihre Ideen für neue Schwerpunkte zu formulieren und an die Forschungskommission der BUKO zu senden.

Auch Ideen, die Sie derzeit nicht selbst durchführen wollen oder können, sind für unsere Arbeit wertvoll.

Abschließend möchten wir Sie noch darauf aufmerksam machen, daß es neben dem FWF eine Vielzahl von Förderungsmöglichkeiten für Forschungsprojekte gibt. Sie sind in einer eigenen Broschüre "Forschungsfinanzierungsaktionen", Hrsg. BMWF, zusammengefaßt. Einige der wichtigsten Finanzierungsquellen sind: FFF (Gewerbefonds), Nationalbank, Österr. Forschungsgemeinschaft, Ministerien (BMWF, BML u. F.), Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien, Joanneum Steiermark, Für ausführlich Information steht Ihnen die BUKO gerne zur Verfügung.

Vorschläge für Schwerpunkte richten Sie bitte an folgende Adresse:

Forschungskommission der Bundeskonferenz
Schottengasse 1
1010 Wien

Die Forschungskommission

RESOLUTIONEN DER INITIATIVE HOCHSCHULEN IN NOT

Hochschulen auf dem Weg ins 3. Jahrtausend

Die österreichischen Forscher, Künstler und Hochschullehrer brauchen den internationalen Vergleich nicht zu scheuen! Viele von ihnen werden ins Ausland berufen! Nur zu gerne nehmen sie solche Angebote an, weil an Österreichs Hochschulen die Voraussetzungen für eine kreative Forschung und wirksame Lehrtätigkeit immer schlechter werden:

Seit langem gelingt es den Regierungen nicht mehr, jene Maßnahmen zu setzen, die es den Hochschulen erlaubt, ihren bildungs- und wissenschaftspolitischen Auftrag effektiv zu erfüllen.

Wir fordern die Regierung auf

- den Forschungsaufwand so rasch als möglich auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern, um die Europareife im wissenschaftlichen Bereich zu garantieren;
- den bildungspolitischen Zielen durch räumliche, sachliche und personelle Ausstattung der Hochschulen nachzukommen;
- zum Ansehen und zur gesellschaftlichen Anerkennung der Hochschulen mehr als bisher beizutragen;
- es nicht länger nur allen Hochschullehrer zu überlassen, für die internationale Konkurrenzfähigkeit Österreichs in Wissenschaft und Kunst Sorge zu tragen.

Aufbruch zur Europareife

Leistungsfähige Universitäten und Hochschulen sind eine unabdingbare Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit Österreichs im Europa von morgen.

Die Universitäts- und Hochschullehrer waren und sind bereit, gemeinsam mit der Österreichischen Bundesregierung an der Verwirklichung dieses Ziels mitzuarbeiten. Voraussetzung dafür ist die Schaffung vor allem folgender Rahmenbedingungen:

- Aufgabengerechte Ausstattung der Universitäten/Hochschulen im Hinblick auf Raum, Personal und Sachmittel
- Weitgehend selbständige Verwaltung der Mittel durch die Universitäten/Hochschulen zur Gewährleistung eigenständiger längerfristiger Planung
- Gewährleistung des internationalen Erfahrungsaustausches; daher ausreichende Mittel für Forschungsaufenthalte und Konferenzbesuche im Ausland und für die Einladung ausländischer Kolleginnen und Kollegen nach Österreich.

Der mißbrauchte Hochschullehrer

Die Universitäts- und Hochschullehrer Österreichs betreuen seit Jahren immer mehr Studierende trotz immer schlechter werdender Arbeitsbedingungen. Ihre Geduld ist am Ende! Sie sind enttäuscht und fühlen sich im Stich gelassen. Sie protestieren energisch gegen die willkürlichen, überdurchschnittlichen Reallohnkürzungen ihrer Berufsgruppe. Sie fordern eine korrekte Besoldung, die ihren besonderen Aufgaben gerecht wird.

Nur die sofortige Aufnahme von entsprechenden Verhandlungen kann Kampfmaßnahmen verhindern.

Das verantwortungsbewußte Verhalten der Universitäts- und Hochschullehrer darf nicht länger mißbraucht werden!